



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 18. März 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich war tief bewegt, als der ukrainische Staatspräsident am Donnerstag per Videoschaltung eine Rede im Deutschen Bundestag gehalten hat. Wir haben einen mutigen Repräsentanten eines furchtlosen Volkes erlebt, das mit seinem Einsatz für Frieden und Freiheit einen Gegenentwurf zum russischen Aggressor darstellt. Umso peinlicher war es, dass sich die Regierung einer anschließenden Debatte im Bundestag verweigert hat.

Täglich erreichen uns aus der Ukraine erschreckende Nachrichten und Bilder von zerstörten Wohnsiedlungen, Flüchtlingsströmen und unzähligen Opfern. Ich bin wie die Menschen in unserem Land tief erschüttert über den wachsenden Terror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung. Putins menschenverachtender Krieg achtet nicht einmal die elementarsten Haltelinien von Humanität und Zivilisation – selbst Kinderkrankenhäuser in der Ukraine werden von den russischen Truppen

ins Visier genommen! Wir sind gefordert in einer sich stetig zuspitzenden und hochdynamischen Lage über weitere Verschärfungen der Sanktionen nachzudenken! Meine Gedanken sind bei den mutigen Menschen, die mit ihrem Freiheitswillen dem russischen Aggressor entgegentreten. Ich denke auch an die Menschen, die unfassbares Leid erfahren und durch den Krieg zu Vertriebenen gemacht werden, die es durch Aufnahme in den Staaten Europas zu unterstützen gilt. Ich begrüße in diesem Sinne ausdrücklich jeden Beschluss auf Ebene der EU, der auf die Unterstützung der Ukraine angelegt ist – so auch vor allem die beschlossenen Militärhilfen für die Ukraine. In dieser Woche standen darüber hinaus auch die erste Lesung zur möglichen Einführung einer Impfpflicht sowie die historische Energiepreisentwicklung auf der Agenda.

Herzlichst,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 14.-18. März 2022
Russland-Sanktionen nachschärfen, Kriegsflüchtlingen helfen
Impfpflicht-Debatte • Energiepolitik in Deutschland

Russland-Sanktionen nachscharfen, Kriegs- fluchtlingen helfen.

In einer Videoansprache hat sich der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, zu Beginn des Sitzungstages am Donnerstag an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt. Er forderte Deutschland eindringlich auf, mehr Unterstützung zu leisten.

Standpunkt: *Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht in die vierte Woche. Uns erreichen immer mehr schreckliche Bilder zerstörter Städte und Dörfer. Krankenhäuser werden beschossen, wir werden Zeugen vermeintlicher russischer Kriegsverbrechen. Die weitere Eskalation durch Russland zwingt uns, die Sanktionen nachzuschärfen. Wir unterstützen die Europäische Union bei Ihrem Vorgehen. Der Zustrom ukrainischer Kriegsfluchtlinge hält unvermindert an. Die überraschende Hilfsbereitschaft in Deutschland ist ein wichtiger Ausdruck unserer Solidarität mit den Menschen, die vor Putins Krieg fliehen. Allerdings muss unsere Hilfe organisatorisch besser werden. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Fluchtlinge in Deutschland und in Europa. Manche Regionen sind bereits kurz vor der Überlastung, andere haben noch Kapazitäten. Wir werden die Bundesregierung dazu drängen, endlich eine stringente Koordination mit Ländern und Kommunen herbeizuführen. Als nächstes müssen wir schnell geeigneten Schulunterricht für die Kinder und Unterstützung für die Erwachsenen beim Ankommen in Deutschland ermöglichen. In Hochtaunus und Oberlahn zeigen viele Bürgerinnen und Bürger unermüdlichen Einsatz – sei es privat oder im Ehrenamt. Dafür gilt ihnen mein herzlicher Dank und meine große Anerkennung. Insgesamt zeigt sich Europa in diesen Tagen vereint in Humanität und Hilfsbereitschaft. Es ist der Gegenentwurf zu Putins verbrecherischem Regime. •*

Impfvorsorgegesetz: Ein guter Schutz für unser Land.

In erster Lesung haben wir uns nun auch im Plenum mit unserem Vorschlag für ein Impfvorsorgegesetz befasst. Anders als die Koalitionsfraktionen flüchten wir uns nicht in Gruppenanträge, die verbergen sollen, dass die Koalition an dieser Stelle keine einheitliche Position hat. Die CDU-CSU-Fraktion setzt auf eine differenzierte Lösung. Das bietet für unser Land die Möglichkeit, jetzt Vorsorge für weitere Pandemiewellen zu treffen und gleichzeitig flexibel auf weitere Entwicklungen reagieren zu können.

Standpunkt:

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht bzw. einer Impfpflicht ab 50 halte ich zum jetzigen Zeitpunkt und angesichts der wesentypischen Merkmale der Omikron-Variante in rechtlicher Hinsicht für schwer begründbar und befürworte diese deshalb nicht in diesem konkreten Fall. Aber: Eine Neubewertung der Situation kann bei weiteren COVID-Varianten erforderlich werden. Daher ist auch aus gesetzgeberischer Sicht Vorsorge zu treffen. Die Bundesregierung sollte schnellstmöglich mit dem Aufbau eines nationalen Impfreisters beginnen. Bereits der Ethikrat hat sich in seiner Stellungnahme für die Errichtung ausgesprochen und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen bestätigen uns, wie nützlich eine verbesserte Datenbasis für die Bekämpfung der Pandemie wäre. Darüber hinaus muss die Impfkampagne verbessert werden. Nichts hilft so wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Pandemie wie eine hohe Impfquote in der Bevölkerung. Die Bundesregierung muss neue Formate der Impfansprache flächig verfügbar machen, die Impfinfrastruktur stärken, insgesamt die Impfkampagne verbessern. Sie muss Milieus ansprechen, die bisher eine niedrige Impfquote aufweisen. Schließlich fordern wir einen Impfmeehanismus mit

Aktivierungsmöglichkeit. Dieser kann bei Bedarf kurzfristig durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates aktiviert werden. Der Deutsche Bundestag entscheidet über eine Aktivierung des Impfmehrschritts, wenn die Situation es erfordert. Dieser Vorschlag schafft umsetzbaren und vor allem rechtssicheren Schutz für unser Land - insbesondere vor einer künftigen Virusvariante im kommenden Herbst. Unser Konzept richtet sich an alle, die für eine Politik des Augenmaßes sind. •

Entlastung bei Energiepreisen jetzt umsetzen. Energierategie grundlegend erneuern.

Wir alle spüren die steigenden Energiepreise in unserem Alltag. Infolge des Krieges in der Ukraine sind die Energiepreise auf historische Höchststände gestiegen. Das belastet die Verbraucher sowie die deutsche Wirtschaft und auch die Kommunen enorm. Daher hat sich meine Fraktion mit konkreten Vorschlägen eingebracht, wie eine kurzfristige Lösung sowie eine mittel- und langfristige Strategie im Bereich der Energieversorgung aussehen könnte.

Der Grundrahmen, in dem wir uns im politischen Raum bewegen, ist bereits entschieden und vorgezeichnet. Deutschland strebt die Klimaneutralität bis 2045 als deutschen Beitrag zum UN-Klimaübereinkommen an. Zudem steigen wir aus der Kernenergie und aus der Kohleverstromung aus. Der Weg zu einer klimaneutralen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung führt national über den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz, in der EU über den Green Deal und international über einen Klimacub auf G7- und G20Ebene mit Mindest-CO₂-Preisen. Da wir als einziges Industrieland der Welt gleichzeitig aus Kohle und

Kernenergie aussteigen, wird neben der Brückentechnologie Gas auch Wasserstoff immer wichtiger. Darüber hinaus wird uns dieser Tage ein herber Misstand vor Augen geführt: Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands unter Führung von Präsident Putin auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Auch in der Energiepolitik müssen alle Handlungsoptionen zur sicheren Energieversorgung und zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten insbesondere von Russland auf den Tisch. Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist eine Frage nationaler und europäischer Sicherheit und Souveränität.

Standpunkt:

Die Bundesregierung muss schnell für spürbare Entlastung bei Bürgern und Unternehmen sorgen. Wir brauchen kein Bürokratiemonster wie das vom Finanzminister geplante Rabattsystem für Benzin. Stattdessen muss die Bundesregierung die Energie- und Umsatzsteuer zügig senken. So können wir beim Spritpreis bis zu 40 Cent einsparen. Das ist meines Erachtens der effektivste Weg. Eine warme Wohnung, die Stromnutzung im Alltag und die Wege zur Arbeit dürfen kein Luxus sein. Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben. Daher ist dem aktuellen Preisanstieg entschieden entgegenzuwirken. Darüber hinaus brauchen wir weitere, kurzfristig zu realisierende Maßnahmen. LNG-Terminals sind mit Hochdruck nach vereinfachten Genehmigungsverfahren zu errichten sowie der Ausbau der Energieinfrastruktur zu beschleunigen. Wichtig ist auch, angesichts des mit russischen Energielieferungen verbundenen Risikos auch offen und ohne Vorfestlegungen umfassend zu prüfen, ob und wie der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken zu einer CO₂-armen und sicheren Stromversorgung in den kommenden Jahren beitragen kann. Ziel muss es sein, in Deutschland bis spätestens zum Winter 2023/24 vollkommen unabhängig von russischen Gas-, Kohle- und Öllieferungen zu sein. •